

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung	8
Zur Auswahlbibliografie	21
Abkürzungen	40
I. Allgemeine Arbeiten zur Geschichte von Sowjetischer Besatzungszone (SBZ) und DDR sowie zu internationalen Zusammenhängen	42
II. Geschichtspolitik, juristische Auseinandersetzung. Theoriediskussion und „Aufarbeitung“ der kommunistischen deutschen Diktatur	54
II.1. Allgemein	54
II.2. Opposition, Widerstand, Friedliche Revolution und Wiedervereinigung	105
II.3. Politische Repression, Berliner Mauer und deutsch-deutsche Grenze und juristische „Aufarbeitung“ von SED-Unrecht	122
III. Bibliografien zu Einzelbereichen	159
IV. Widerstand, Opposition, Bürgerbewegung (allgemein)	162
IV.1. Allgemein	162
IV.2. International/Bundesrepublik und West-Berlin	214
IV.3. Persönlichkeiten	225
IV.4. SED, SED-Dissidenz und „Parteireformer“	245
IV.5. Parteien (außer der SED)	247
IV.6. Kirchen und Glaubensgemeinschaften	250
IV.7. Bausoldaten und Wehrdienstverweigerer	257
V. Widerstand, Opposition, Bürgerbewegung (regional)	261
V.1. Allgemein	261

V.2. Persönlichkeiten	261
V.3. Berlin	264
V.4. Mecklenburg-Vorpommern	268
V.5. Brandenburg	271
V.6. Sachsen-Anhalt	273
V.7. Thüringen	276
V.8. Sachsen	284
VI. Volksaufstand 17. Juni 1953	293
VI.1. Allgemein	293
VI.2. Persönlichkeiten	306
VI.3. Berlin	307
VI.4. Mecklenburg-Vorpommern	308
VI.5. Brandenburg	308
VI.6. Sachsen-Anhalt	308
VI.7. Thüringen	310
VI.8. Sachsen	310
VII. Bürgerbewegung 1989, Friedliche Revolution, Sturz der Berliner Mauer und Wiedervereinigung (allgemein)	312
VII.1. Allgemein	312
VII.2. Persönlichkeiten	397
VII.3. International	405
VIII. Bürgerbewegung 1989, Friedliche Revolution und Wiedervereinigung (regional)	425
VIII.1. Allgemein	425
VIII.2. Berlin	427
VIII.3. Mecklenburg-Vorpommern	429
VIII.4. Brandenburg	433
VIII.5. Sachsen-Anhalt	437
VIII.6. Thüringen	442
VIII.7. Sachsen	449

IX. Berliner Mauer, Deutsch-deutsche Grenze, Emigration,	
Flucht und Ausreise	470
IX.1. Allgemein/Zwangsaussiedlungen	470
IX.2. Berliner Mauer/Grenze in Berlin	478
IX.3. Deutsch-deutsche Grenze	496
IX.4. Ausreise, Entführungen, Flucht, Fluchthelfer, Flüchtlinge, Freikauf und Vertreibung	502
X. Terror, politische Repression und Verfolgung sowie Zensur und bewaffnete Kräfte	523
X.1. Allgemein	523
X.2. Ministerium für Staatssicherheit und Zoll	538
X.2.1. Allgemein	538
X.2.2. International/Spionage	567
X.2.3. Inoffizielle und Offizielle Mitarbeiter/verfolgte Persönlichkeiten	587
X.2.4. Haftanstalten/Strafrechtliche Untersuchungen	601
X.2.5. Regional	607
X.3. Kasernierte Volkspolizei und Nationale Volksarmee	619
X.4. Volkspolizei	638
X.5. „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“, paramilitärische Einheiten, Militarisierung, Rüstung, Militäreinsatz außerhalb der DDR und weitere Kontrolleinrichtungen	643
X.6. Justiz, Strafrecht, Haft und Strafverfolgung, Militärstrafvollzug und politische Repression sowie Zensur	646
X.7. Spezial- und sonstige Lager in der Sowjetischen Besatzungszone, Lager in der Sowjetunion, sowjetische Justiz und Besatzungstruppen	679
X.8. Jugendwerkhöfe, Jugendhaft und Heimerziehung	703
XI. Register der Autoren und Herausgeber	708

EINLEITUNG

Im Jahr 2009 erinnerten sich die Deutschen an die Gründung der Bundesrepublik im Jahr 1949 als ein Ereignis, mit dem im westlichen Teil Deutschlands die Lehren aus der Vergangenheit gezogen wurden und eine bis heute grundsätzlich stabile deutsche Demokratie entstand. Dies war – wie im „Ruf aus Leipzig“ und in den „Leipziger Thesen“ der Initiative „Tag der Friedlichen Revolution – Leipzig 9. Oktober 1989“, auf die ich mich hier beziehe, bereits 2007 und 2009 formuliert¹ – die Voraussetzung für die Rückkehr Westdeutschlands als gleichberechtigter Partner in die westliche Völker- und Wertegemeinschaft. Den Menschen in der kommunistischen deutschen Diktatur im Osten Deutschlands blieb dieser Weg für vier Jahrzehnte versperrt. Sie lebten in einer totalitären Diktatur unter dem Diktat der sowjetischen Hegemonialmacht. Erst durch die Friedliche Revolution in der DDR und den durch sie erzwungenen Sturz der Berliner Mauer beendeten mutige Menschen in der SED-Diktatur 1989 diesen unfreien Zustand. Die ostdeutschen demokratischen Revolutionäre errangen die Freiheit und schufen gleichzeitig in engem Zusammenhang damit die Voraussetzung für die deutsche Wiedervereinigung 1990 sowie für den danach weiter voranschreitenden europäischen Einigungsprozess, der erst in den letzten Jahren in eine zumindest partielle Krise geriet.

1 Bei allen Literaturangaben in der Einleitung vgl. die Titel der folgenden Bibliografie. Der Text der Einleitung ist die überarbeitete Fassung aus der Bibliografie von 2011. Verschiedentlich nehme ich Gedanken auf, die Markus Meckel am 3. Oktober 2018 in der Paulskirche in Frankfurt am Main und am 9. Oktober 2018 in der Leipziger Nikolaikirche artikulierte. Dazu kommt das Diskussionspapier „In bester Verfassung? In welcher Verfassung? Wessen Verfassung?: Konzept für eine gesellschaftliche Debatte über die Grundlagen unserer Demokratie“ von Nikolas Dörr, Rainer Eckert, Christoph Kleßmann, Ilko-Sascha Kowalczyk, Philipp Kufferath, Markus Meckel, Kristina Meyer, Christina Morina, Bernd Rother und Dirk Schumann. – Berlin, 2019.

An 20 bzw. 25 Jahre Friedliche Revolution und deutsche Wiedervereinigung wurde 2009/10 und dann 2014/15 gedacht. In diesen Jahren ging es jedoch nicht nur um die Revolution gegen die SED-Diktatur, sondern um den gesamten Zyklus demokratischer und überwiegend friedlicher Revolutionen in ganz Ostmitteleuropa gegen die kommunistischen Diktaturen. Diese waren 1989/90 ein herausragendes Datum der europäischen Freiheitsgeschichte. Das Ende des Kommunismus sowjetischen Typs, des Kalten Krieges und der Spaltung Europas waren die Folge dieser umstürzenden Ereignisse.

2014 hatten sich auch der Ausbruch des Ersten Weltkrieges zum 100. und der Beginn des Zweiten Weltkrieges zum 75. Mal gejährt. Der Erste Weltkrieg war die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts, wie in den bedauerlicherweise unveröffentlichten Thesen der Initiative „Tag der Friedlichen Revolution“ vom Januar 2014: „Die friedlichen Revolutionen 1989/90 – ein Vermächtnis an die europäische Zukunft“ formuliert. In seiner Folge entstanden radikale gesellschaftliche Gegenentwürfe zur Demokratie: der sowjetische Kommunismus, der italienische Faschismus und der deutsche Nationalsozialismus. Im Jahr 2017 folgte die Erinnerung an den bolschewistischen Putsch von 1917, von vielen immer noch als bedeutende Revolution interpretiert, und an die Herrschaft des Kommunismus. 2018 dominierte die Erinnerung an das Ende des Ersten Weltkrieges und 2019 wird ein weiterer erinnerungspolitischer Schwerpunkt auch der Beginn des Zweiten Weltkrieges nach dem „Hitler-Stalin-Pakt“ vom 23. August 1939 sein, der es dem nationalsozialistischen Deutschland ermöglichte, Europa mit Krieg zu überziehen. Millionen Menschen fielen dem Rassenwahn und den Aggressionskriegen Deutschlands zum Opfer. Am Ende war Europa durch den Eisernen Vorhang geteilt.

Da sich Erinnerung auch immer an Jahrestagen und Jubiläen orientiert, gibt es im Jahr 2019 in Deutschland anlässlich des 100. Geburtstages der Weimarer Verfassung, von 70 Jahren Grundgesetz und von 30 Jahren Friedlicher Revolution – und hier besonders am 9. Oktober als Symboltag der Revolution in Leipzig und am 9. November als Datum der Überwindung der Berliner Mauer in der deutschen Haupt-

stadt – erneut eine Welle von Veranstaltungen, Publikationen und geschichtspolitischen Aktivitäten. Das ist nur zu begrüßen, da inzwischen mehr als eine Generation nachgewachsen ist, die auch mit den grundstürzenden Ereignissen von 1989/90 keine eigene Erinnerung mehr verbindet und mit den unterschiedlichsten Erzählungen und Erinnerungen daran konfrontiert ist. Mir gibt das wiederum Anlass, den Forschungsstand zu Opposition, Widerstand, politischer Repression und Friedlicher Revolution 30 Jahre nach der Revolution in einer Bibliografie zusammenzufassen und dieses Projekt damit für mich abzuschließen. Es wird dazu beitragen, das historische Bild erneut farbiger zu gestalten, gleichzeitig ist es ein Teil der Bemühungen um die Stabilisierung des „Mythos 1989“. Letztlich geht es um eine gemeinsame historische und demokratische Erzählung aller Deutschen. Das ist besonders für diejenigen Ostdeutschen, die sich aufrecht und mutig ihre Freiheit selbst erkämpften und sie nicht geschenkt bekamen, als den in der Bundesrepublik „Hinzugekommenen“ von größter Bedeutung.

Die überwiegend friedlich verlaufenden Freiheitsrevolutionen von 1989/90 eröffneten den Menschen in ganz Ostmitteleuropa den Weg zu Demokratie und Selbstbestimmung. Sie belegten die Bedeutung des Kampfes um Freiheit, individuelle Würde und Menschenrechte, der ein zentraler Bestandteil unserer europäischen Geschichte ist. Gegen jedes nationale Ressentiment war das Grundgefühl einer gemeinsamen Freiheit und Solidarität weit verbreitet. 30 Jahre nach den Revolutionen ist dieses Grundgefühl neu zu beleben, denn das Europa und die westliche Welt des Jahres 2019 sind in problematischer Verfassung – oder wie viele meinen in einer Existenzkrise. Dazu trugen das britische Referendum über den Austritt aus der Europäischen Union, der Sieg Donald Trumps bei den Präsidentenwahlen in den USA, der Zusammenbruch des traditionellen Parteiensystems in Frankreich, die Erfolge der „Alternative für Deutschland“ und rechte Regierungen bzw. starke rechtspopulistische Parteien in Belgien, Italien, den Niederlanden, Polen, Ungarn und Skandinavien bei. Wichtige Politiker wie Recep Tayyip Erdogan, Victor Orban, Wladimir

Putin und Donald Trump stellen westliche Grundprinzipien in Frage. In der Diskussion über die Regulierung der Finanzmärkte, über globale Konflikte und Demokratiedefizite sowie über den Umgang mit Flüchtlingen und neuen rechtspopulistischen Bewegungen bzw. Parteien in ganz Europa verliert die Idee eines Europas der Menschenrechte, der sozialen Demokratie und der Gerechtigkeit zunehmend an Strahlkraft. Dazu kommt bei vielen Europäern, so auch bei den Deutschen, das Gefühl einer Zeitenwende auf, das mit wachsender Ungewissheit über die Zukunft und diffusen Ängsten bzw. Verschwörungstheorien verbunden ist. Das Leben einer Mehrheit der Europäer wird immer zwiespältiger. Dominanter wird auch die Frage, ob die liberalen Demokratien des Westens über genügend Akzeptanz in der Bevölkerung verfügen und genügend Gestaltungskraft zur Überwindung dieser Krise besitzen.

Deshalb gilt es heute, politisch, gesellschaftlich, aber auch privat die westlichen Werte und Ideen konsequent wachzuhalten. Gemeint ist damit ein Europa, das im Konflikt mit anmaßenden Despoten und Autoritäten und im Kampf um die Würde eines jeden Menschen sowie um die Mitsprache aller Bürgerinnen und Bürger nach 1945 entstanden ist. Dieses Europa gibt kein Versprechen auf eine Welt ohne Widersprüche, hat aber ein solidarisches Gemeinwesen zum Ziel, das in Erinnerung seiner geschichtlichen Katastrophen zivile Wege der Entwicklung und des Fortschritts findet. Und auch Freiheit ist nicht automatisch für alle Zeit gegeben, sondern sie muss immer wieder mit neuem Leben gefüllt werden, um nicht verlorenzugehen. Dazu ist es nötig, dass sich die Menschen auch frei fühlen und Freiheit ihren persönlichen Wertvorstellungen entspricht.

Das Ringen um die Menschenrechte als grundlegende Rechte, die jedem Menschen zustehen, ist eine ständige Aufgabe. Sie ist zudem eng mit den europäischen Freiheitstraditionen verknüpft und besitzt eine jahrhundertealte und bis heute lebendige Tradition. Dieser Kampf fand seinen Durchbruch in der Französischen Revolution. Besondere Bedeutung hatte dabei die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte durch die französische Nationalversammlung am 26. August 1789.

Später spielten diese Rechte in den europäischen Revolutionen von 1848/49 eine zentrale Rolle. Wie 1989/90 forderten die Revolutionäre einen parlamentarischen Verfassungsstaat, freie Wahlen, Garantie der Bürger- und Menschenrechte sowie Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit. Dazu kamen Presse-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit. So entstand das Ideal des selbstbestimmten Menschen, auf das sich auch weitere europäische Emanzipationsbestrebungen im weiten Spektrum von der Arbeiter- bis zur Frauenbewegung bezogen. Als Folge der Revolutionen in verschiedenen europäischen Staaten, die den Ersten Weltkrieg 1918 beendeten, konnten – teilweise nur kurzlebige – parlamentarische Demokratien gegründet werden, und in Deutschland kam der Einführung des Frauenwahlrechts besondere Bedeutung zu. Aber auch die Wahrung der Rechte von Minderheiten trat auf die Tagesordnung, und eine transatlantische Gemeinschaft von Staaten entstand. Aber erst nach einem mörderischen und barbarischen weiteren Weltkrieg fanden all diese Rechte ihre weltweite Anerkennung durch die Annahme der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die UN-Vollversammlung am 10. Dezember 1948.

Mit den demokratischen Revolutionen der Jahre 1989/90 siegte schließlich die Freiheit über die Tyrannei. Europa heute – und so auch Ostmitteleuropa – ist ohne den damit vom Individuum ausgehenden und mit ihm untrennbar verbundenen universellen Freiheits- und Rechtsanspruch nicht mehr denkbar. Heute sind die Menschenrechte das zentrale Fundament der Charta der Grundrechte der Europäischen Union vom 18. Dezember 2000.

Bis zu den Revolutionen 1989/90 war das Leben im Ostmitteleuropa des 20. Jahrhunderts über drei Generationen hinweg durch eine doppelte Diktaturerfahrung geprägt. Nach dem Sieg der Alliierten über das nationalsozialistische Deutschland 1945 wurde im sowjetischen Machtbereich die Errichtung kommunistischer Diktaturen gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit planmäßig vorangetrieben. Aber in allen diesen Diktaturen gab es neben überzeugten Unterstützern und vielen Mitläufern auch Widerstand und Opposition; stets setzten sich Menschen für Demokratie, Freiheit und nationale Selbstbestimmung

ein. Das gewaltsame Vorgehen gegen den Volksaufstand 1953 in der DDR, die Niederwerfung der ungarischen Revolution 1956, das Ende des Prager Frühlings 1968, der für viele mit der Hoffnung auf einen „menschlichen Sozialismus“ verbunden war, und die Verhängung des Kriegsrechts gegen die Solidarność-Bewegung 1981 in Polen belegen exemplarisch die Härte und Grausamkeit, mit der im sowjetischen Herrschaftsbereich das Eintreten für bürgerliche Freiheitsrechte verfolgt wurde.

Auch heute steht das Jahr 1968 für einen umfassenden gesellschaftlichen Aufbruch in Ost und West. Was der Prager Frühling für die Gesellschaften des Ostblocks war, bedeuteten die antiautoritären Bewegungen für die westliche Welt. Sie erschütterten selbstgewisse Autoritäten und angemähte Herrschaften. Später gab es jedoch im Westen auch die kritiklose Unterstützung totalitärer Regime und terroristischer Aktionen. Grundsätzlich aber markierte das Auftreten der „1968er West“ den Beginn einer vertieften Demokratisierung wesentlicher Lebensbereiche. Auch trugen diese Bewegungen dazu bei, die letzten Diktaturen West- bzw. Südeuropas zu überwinden: das griechische Obristen-Regime 1973, die portugiesische Diktatur 1974 und den spanischen Franquismus 1975. Gemeinsam mit der nord-amerikanischen Bürgerrechts- und Antikriegsbewegung gegen den Vietnam-Krieg bestärkte der Geist von 1968 zudem die weltweite Befreiung von den Überresten der kolonialen Vergangenheit bis hin zur Anti-Apartheid-Bewegung Südafrikas.

Die in den Ländern Ostmittel- und Osteuropas nach 1968 entstandenen Demokratie- und Bürgerbewegungen wie die sowjetischen Dissidenten, die unabhängige polnische Gewerkschaft Solidarność und die tschechoslowakische Charta 77 entwickelten in den 1980er Jahren gewaltfreie Formen des Widerstands. Die wenigen, die in den Jahren der Unfreiheit und Diktatur unermüdlich für Freiheit und Demokratie kämpften und Repressionen in Kauf nahmen, waren die Wegbereiter der Umbrüche 1989/90. Sie bildeten eine wichtige ideelle Kraftquelle für die weltweit wachsenden Oppositionsbewegungen. Und es ist auch verstärkt von Bedeutung, dass der „Mythos 1989“ einen

längeren Zeitraum umfasste. Man könnte damit die Zeitspanne zwischen dem Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan Anfang 1988 bis zum Ende der Sowjetunion Ende 1991 beschreiben. In diesem Zeitraum gab es weltweit gravierende Bewegungen hin zur politischen Idee von Demokratie, die bisher zu wenig in den Blick genommen wurden. Gleichzeitig ist immer wieder die Frage zu stellen und zu beantworten, wie viel Mythos Europa denn nun wirklich braucht. Gleichzeitig kann es in Europa natürlich nicht nur um die ideelle und historische Basis gehen, sondern auch gemeinsame gegenwärtige Interessen sind zu berücksichtigen.

Die heutige europäische Idee beruht auf einem eigenen geistigen und geschichtlichen Fundament. Strittig ist jedoch durchaus, welche Erinnerungsorte dazugehören. Unstrittig positive Bezugspunkte einer europäischen Geschichtskultur bilden die griechische Philosophie und das römische Staatsdenken – oder anders ausgedrückt die griechische-römische Zivilisationsgemeinschaft –, Judentum und Christentum sowie die emanzipative Kraft von Humanismus und Aufklärung. In dieser Tradition von langer Dauer entstanden auf äußerst konfliktvolle Weise jene geistigen Elemente, die den Kern der politischen Identität Europas ausmachen: Rechtsstaatlichkeit, Würde des Einzelnen, kritisches Denken und aktive Partizipation am Gemeinwesen. Der politische Islam gehört dagegen nicht zu diesen Werten.

Negativ verbindet die Europäer, dass sie über Jahrhunderte zerstörerische Kriege gegeneinander und in der Welt führten, im Zeitalter des Kolonialismus Völker und Kontinente unterwarfen, ausbeuteten und sogar Völker vernichteten. Vor allem das 20. Jahrhundert war ein Zeitraum enthemmter Gewaltanwendung und totalitärer Ideologien. Diese Gewaltgeschichte fand in Europa ihren Tiefpunkt im Zivilisationsbruch des Holocaust und dem Massensterben im sowjetischen Gulag. Das Ende der nationalsozialistischen Herrschaft konnte erst durch einen weltweiten Krieg erreicht werden. Der sowjetische Kommunismus bzw. Stalinismus wurde in Ostmitteleuropa durch die Revolutionen der Jahre 1989/90 überwunden. Und heute sind Länder wie die balti-

schen Staaten, Polen, die Slowakei, Tschechien und Ungarn wichtige Partner nicht nur Deutschlands, sondern ganz Europas. Dies spricht nicht gegen gute kulturelle, politische und wirtschaftliche Beziehungen zu Russland und anderen ehemaligen kommunistischen Teilen der Sowjetunion sowie zu den jugoslawischen Nachfolgestaaten, doch gibt es stärkere Bindungen an die Staaten Ostmitteleuropas.

Heute kennzeichnet das europäische Geschichtsbewusstsein eine Vielzahl nationaler Erzählungen. Zudem verfestigt sich eine Differenz in der historischen Selbstwahrnehmung zwischen Ost- und Westeuropa. Dieses „Doppelgedächtnis“ Europas stellt eine wirkliche Herausforderung dar. Denn bei aller Vielfalt der nationalen Geschichten sollte am Ziel eines zwar facettenreichen, aber dennoch gemeinsamen europäischen Gedächtnisses festgehalten werden. Der Weg dorthin ist lang und schwierig. Daher sind die Gestaltung der Erinnerung und die Erzählung von Geschichte über nationale Grenzen hinweg zentrale Aufgaben westlicher Gesellschaften. Unsere europäische Zukunft bedarf der Erinnerung der teils sehr unterschiedlichen Herkunft.

Dabei müssen die friedlichen Revolutionen von 1989/90 eine zentrale Geschichtserfahrung ganz Europas sein. Sie sollten zum Bestandteil eines gesamteuropäischen Bewusstseins werden. Mit dem glücklichen Ausgang der Revolutionen bleibt der Demokratie die Aufgabe, eine unvollkommene Welt zu verbessern. Der eingeschlagene Weg ständiger Veränderungen verfolgt das Ziel einer gerechten Gesellschaft in einer globalen Welt. Freiheitliche Gesellschaften kennzeichnet kein Fundamentalprotest, sondern das ständige Ringen um Gerechtigkeit und Würde.

Die Kraft der historischen Erinnerung lebt von ihrer ständigen Vergewärtigung. Um die Verbindung zwischen 1989/90 und der Gegenwart vielen Menschen vertraut zu machen, benötigen wir in Deutschland ein breites und vielfältiges Engagement für die Demokratie und eine aktive Erinnerungskultur. Nur durch den alltäglichen Umgang jedes Einzelnen mit den Werten Freiheit in Verantwortung, Erinnern und Gestalten, Solidarität, individuelle Entwicklung und Verpflichtung auf das Allgemeinwohl werden die Deutschen sowohl dem Erbe

der Friedlichen Revolution als auch ihrer freiheitlich-demokratischen Grundordnung gerecht. Dies im öffentlichen Bewusstsein einer demokratischen Öffentlichkeit zu verankern, stärkt die Bundesrepublik. Und so ist die Erinnerung ein Mandat für das Handeln in Gegenwart und Zukunft.

Neben Orten des Erinnerens an die kommunistische Diktatur, neben der wissenschaftlichen Beschäftigung mit Opposition, Widerstand und politischer Repression in der DDR, aber auch mit dem Alltag des Durchschnittsmenschen muss in der Bundesrepublik eine intensive öffentliche „Auseinandersetzung“ mit der Geschichte der totalitären Herrschaft in Deutschland in ihren unterschiedlichen Ausprägungen stehen, um so die Demokratie in unserem Land zu stabilisieren. Dazu gehören auch die inzwischen abgeschlossene juristische „Aufarbeitung“, die Arbeit von Museen und Gedenkstätten, historische Ausstellungen, Medien, bildende und gestaltende Kunst, Literatur, Theater, Film sowie Fernsehen und nicht zuletzt das alltägliche Gespräch.

Entscheidende Bedeutung in „unserer Revolution“, wie besonders ostdeutsche Bürgerrechtler mit berechtigtem Stolz sagen, kam Leipzig zu. Hier leiteten am 9. Oktober 1989 weit mehr als 70.000 friedliche Demonstranten aus der gesamten DDR mit dem Ruf „Wir sind das Volk!“ endgültig den Sturz des SED-Regimes ein. Dieser „Tag der Entscheidung“ ist jedoch auch ein Symbol für revolutionäres Handeln in einer Vielzahl anderer Städte und Gemeinden wie Dresden, Erfurt, Halle (Saale), Magdeburg, Ost-Berlin, Plauen oder Potsdam. An vielen Orten in der ganzen DDR zeigten sich der gleiche Mut und die gleiche Entschlossenheit, auch staatlicher Gewaltanwendung oder -drohung zu trotzen. In ihrer Ernsthaftigkeit und Wahrhaftigkeit erreichten diese Demonstranten schließlich die von den Menschen auf den Straßen erzwungene Öffnung der Berliner Mauer und der innerdeutschen Grenze am 9. November 1989. Damit konnte der Vereinigungsprozess zwischen beiden deutschen Teilstaaten beginnen, der am 3. Oktober 1990 seinen Höhepunkt in der staatlichen Wiedervereinigung fand.

Am 9. Oktober 1989 in Leipzig und am 9. November einen Monat später in Ost-Berlin schrieben ostdeutsche Bürger und nicht die Diktatoren

und ihre Mitläufer Geschichte. Es war ein einmaliger Vorgang in der deutschen Historie, dass sich die Bevölkerung als Gemeinschaft mündiger Bürger mit dem großartigen Ruf „Wir sind das Volk!“ erfolgreich zum Souverän ermächtigte. Die Ostdeutschen auf den Straßen machte ihr Bekenntnis zu Demokratie und Gewaltlosigkeit zu „Siegern der Geschichte“, und das bedeutet auch, dass nicht der „westdeutsche Kapitalismus“ diesen Sieg errang. Und so brachte eine weitgehend gewaltfreie Freiheitsrevolution die kommunistische Diktatur in der DDR zu Fall. Allerdings dürfen wir heute auch nicht vergessen, dass sich die Mehrzahl der Ostdeutschen in dieser demokratischen Revolution passiv verhielt und eine starke Minderheit sie auch ablehnte. Besonders diese Menschen hadern bis heute mit den Ergebnissen von Revolution und Wiedervereinigung. Es ist zugleich nicht zu übersehen, dass die Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Situation in der Bundesrepublik bis in Kreise ehemaliger Bürgerrechtler reicht und einige sogar in ein rechtspopulistisches Umfeld abgedriftet sind. Für die übergroße Mehrheit gilt dies jedoch nicht, sie verortet sich selbst im linksliberalen politischen Spektrum.

In jedem Fall bleibt die Friedliche Revolution die erste gelungene und weitgehend ohne blutige Gewaltanwendung siegende Revolution in der deutschen Geschichte. Es war eine Bewegung vieler Unbekannter, zahlloser namenloser und einfacher Menschen. Es war ein Aufstand von unten, geboren aus dem Willen, diktatorische Herrschaft nicht länger zu ertragen, und getragen von der Absicht, sein Geschick in die eigenen Hände zu nehmen. Diese demokratische Revolution brauchte keine Prominenten und keine Avantgarde, die anderen den Weg weisen. Das sollte auch bei unserer heutigen Interpretation des revolutionären Geschehens stets berücksichtigt werden.

Erstmals in ihrer Geschichte leben heute die Deutschen – trotz aller Schwierigkeiten im Vereinigungsprozess – tatsächlich in Einheit, Freiheit und in gesicherten Grenzen. Sie haben sich nicht gegen den Willen ihrer Nachbarn, sondern mit deren Zustimmung staatlich zusammengeschlossen, und der deutsche Nationalstaat ist unwiderruflich in die freiheitliche Wertewelt des Westens eingebunden – daran

werden auch links- und rechtsradikale Bestrebungen nichts ändern. Deutschland kann und muss deshalb auch künftig wesentlich zur weiteren Entwicklung der europäischen Einheit, des Friedens und der Freiheit auf unserem Kontinent beitragen. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass die Geschichte der mittelosteuropäischen Revolutionen in das gesamteuropäische historische Gedächtnis Eingang und den ihr gebührenden Platz findet.

In Deutschland verweisen Grundgesetz, Revolution und Wiedervereinigung aufeinander und begründen für das 21. Jahrhundert eine gemeinsame Geschichte aller Deutschen. Der grundlegende Bezug des Grundgesetzes, das aber selbst auch reformbedürftig ist, auf die Würde des Menschen entspricht den Forderungen der Bürgerbewegung im deutschen Herbst 1989. Dazu gehören die politische Freiheit des Einzelnen, weiterhin die allgemeine Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit, das Recht auf freie und geheime Wahlen für alle sowie die Mitwirkung von Parteien an der politischen Willensbildung. Alle diese Rechte sind an die Absicherung zumindest der materiellen Grundbedürfnisse der Bürger gebunden. Dazu gehören auch Fragen der Alterssicherung, die endgültige Beendigung der Finanzkrise, die Bewältigung des Klimawechsels, ein innovativer Umgang mit Chancen und Gefahren künstlicher Intelligenz sowie der Kampf gegen die immer weiter auseinanderklaffende Schere zwischen obszönem Reichtum und oft bedrückender Armut. Es geht auch um Gerechtigkeit für alle, die zu kurz kommen, da Demokratie diese nicht automatisch sichert, und die quälende Langsamkeit demokratischer Prozesse ist zu beenden. All dies ändert jedoch nichts an der entscheidenden Bedeutung von Demokratie und Freiheit für unsere Nation im internationalen Kontext.

Trotz gelegentlich zu hörender Unkenrufe über den schlechten Zustand der Aufarbeitung deutscher Diktaturgeschichte und glücklicherweise schwächer werdender Warnungen vor einer durch nichts begründeten Sorge vor einem zunehmenden Einfluss von „Geschichtsstrukturen“ der ehemaligen kommunistischen Geheimpolizei MfS und von „Kadern“ der Staatspartei SED oder postkommunistischer

revisionistischer Geschichtsinterpretationen sind wir in der Bundesrepublik in der Auseinandersetzung mit deutscher Diktaturgeschichte so weit vorangekommen, wie weltweit kein anderes Land mit einer diktatorischen Vorgeschichte.

Der hier erreichte Stand der Forschung für die Bereiche Geschichtspolitik, juristische „Bewältigung“ und „Aufarbeitung“, Widerstand, Opposition und politische Repression sowie Friedliche Revolution und Wiedervereinigung wird in meiner Auswahlbibliografie dokumentiert. Diese Bereiche wählte ich als exemplarisch für das Verstehen des Agierens der Diktatoren und ihrer Gegner sowie nach deren Entmachtung für das Entstehen eines gesamtdeutschen demokratischen Selbstbewusstseins aus. Dabei gehören zu widerständigem Verhalten der grundlegende Widerstand, die reform- oder zivilgesellschaftlich orientierte Opposition, Dissidenz und Alltagsverweigerung. Politische Repression dagegen umfasst in meinem Verständnis nicht nur die Geheimpolizei, sondern ein weites Spektrum gesellschaftlicher Bereiche von der Justiz bis zur Nationalen Volksarmee, die der repressiven Sicherung der Diktatur dienten oder für diese eingesetzt werden konnten. Mit dieser Sicht ist keine Wertung der unterschiedlichen Teilaspekte diktatorischer Machtausübung verbunden. So ist auch die Alternative „Geheimpolizei oder Kindergärten“ falsch, da Diktaturen wie alle gesellschaftlichen Systeme letztlich nur aus der Zusammenschau der Gesamtheit ihrer Einzelbereiche gültig zu erklären sind. Etwas anderes ist jedoch die Beantwortung der Frage danach, woran in einer Demokratie zuerst erinnert werden soll. Selbstverständlich ist, dass die Opfer der Diktaturen anzuerkennen und zu würdigen sind, wichtiger ist jedoch für unser heutiges demokratisches Selbstverständnis, dass wir für die Gegenwart und Zukunft Lehren aus der Zivilcourage unter denkbar schlechtesten, unfreien Bedingungen ziehen. In der historischen Selbstvergewisserung muss es zuerst um Widerstand und Opposition gehen. Diesem Ansatz ist meine Bibliografie verpflichtet.